

Fragenkatalog des Bündnis Nordost e.V. zur Landtagswahl am 08.10.2023



Steffen Gölzner
ÖDP

1. Flächenverbrauch in Bayern

a. Wie ist Ihre Sicht zum Münchner Wachstum und dem einhergehenden Flächenverbrauch?

In einer endlichen Welt kann es kein unbegrenztes Wachstum geben. Die Grenzen der Stadt München sind politisch eindeutig definiert. Damit führt das derzeitige Bevölkerungswachstum mehr und mehr zu Problemen. Jede weitere Versiegelung von Flächen bedeutet stärkeres Aufheizen im Sommer, geringere Aufenthaltsqualität in der Stadt und weniger Lebensraum für Pflanzen und Tieren. Hier müssen wir noch schneller und notwendiger als in anderen Ecken Bayerns den Flächenverbrauch herunterfahren. Die verbliebenen Freiflächen insbesondere die für die Naherholung ausgewiesenen Grünflächen müssen erhalten bleiben. Zusätzlicher Wohnraum soll vor allem durch Umnutzung von Gewerbeflächen und einer verträglichen Nachverdichtung in gut an den ÖPNV angebundenen Stadtquartieren erfolgen.

b. Wie sollen landwirtschaftliche Flächen in Metropolregionen (München und Umland, Nürnberg und Umland...) geschützt werden?

Die kommunale Planungshoheit gibt den Kommunen eigentlich alle Instrumente zur Steuerung der Flächennutzung in die Hand. Es braucht nur den politischen Willen nicht jedem Bauinteresse auch nachkommen zu wollen und einer Politik, die eine Nutzung von Industriebrachen und Leerstandsflächen favorisiert. Die Gewinnung von neuem Bauland auf landwirtschaftlichen Flächen muss in den bereits sehr dicht bebauten Metropolregionen der Vergangenheit angehören.

c. Wie stehen Sie zu dem Instrument der „SEM Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“, die auch als Ultima Ratio eine Enteignung der Eigentümer ermöglicht?

Enteignungen im großen Stil sind abzulehnen. Sie können bestenfalls bei Infrastrukturmaßnahmen, die die Nutzung von eng abgegrenzten Flächen für die Interessen der Allgemeinheit erfordern, als letztes Mittel erforderlich werden. Für die Umwidmung landwirtschaftlich genutzter Flächen zu neuem Bauland lässt sich dieses Gemeinwohlinteresse nicht herleiten. Schnell wird die Absurdität dieses Ansinnens deutlich, würden wir keinen landwirtschaftlichen Betrieb hierfür heranziehen, sondern sagen wir das BMW-Werk, dass plötzlich die Hälfte seiner Fläche für ein neues Baugebiet hergeben sollte.

d. Wie stehen Sie zu unserer Landwirtschaft (ökologisch und konventionell) und die damit verbundene Produktion von heimischen Lebensmitteln?

Die regionale Produktion von Nahrungsmittel ist umweltfreundlicher, krisensicherer und für die Entwicklung der Länder im globalen Süden besser als das derzeitige System, dass auf den Import von Futtermitteln und dem Transport saisonfremder Nahrungsmittel um die halbe Welt sowie industrieller Nahrungsmittelverarbeitung beruht. Das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ formulierte für den ökologischen Landbau das Ziel eines Flächenanteils von 30%. Dieses wollen wir in Zusammenarbeit mit den Bäuerinnen und Bauern erreichen. Die Absatzmöglichkeiten müssen hierzu ausgebaut werden, z.B. über höhere Anteile an Biolebensmitteln bei Kantinenessen.

2. Baumschutz und Grünerhalt

a. Wie stehen Sie zur Forderung (Groß-) Bäume im Baurecht besser zu schützen (Baumerhalt vor Bau)?

Große Bäume haben mit ihrer Verdunstung und Beschattung enorme Bedeutung für das lokale Stadtklima. Ihre Entwicklungszeit beträgt mehrere Jahrzehnte. Wir müssen uns daher einen anderen Umgang mit Großbäumen angewöhnen. Die Bauvorhaben müssen um den Baumbestand herum geplant werden anstatt andersherum. Wo eine Entnahme von Großbäumen unvermeidbar ist, müssen großzügige Ersatzpflanzungen erfolgen, um die positiven Wirkungen so schnell als möglich wieder herzustellen.

b. Wie sehen Sie den Sachverhalt, der in Punkt a) gefragt wird, in Bezug auf den Ausbau bei ÖPNV-Projekten?

Hier gilt im Prinzip das selbe, auch wenn anzuerkennen ist, dass die Freiheiten bei der Planung von Infrastrukturmaßnahmen kleiner sind als bei Einzelbauvorhaben oder der Planung von Baugebieten.

c. Was halten Sie davon, die Ziele des Münchner Bürgerbegehrens „Grünflächen erhalten“ auf Bayern auszudehnen und in eine verbindliche Verordnung zu wandeln?

Alle Großstädte und Verdichtungsräume sind von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen und müssen daher Anpassungsstrategien entwickeln. Der Erhalt von Grünflächen und Großbäumen soll als Zielvorgabe in die Landes- und Regionalplanung aufgenommen werden.

d. Wie würden Sie die Sachlage bewerten, wenn eine landwirtschaftliche Fläche als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen wird, jedoch von dieser ausgewiesenen Fläche dann ca. 2/3 als Kiesabbaugebiet ermöglicht wird?

Die Gewinnung von Bodenschätzen hat immer enorme und langanhaltende Auswirkungen auf Naturhaushalt und Landschaftsbild im Abbaugebiet. Sie läuft daher der Zielsetzung eines Landschaftsschutzgebiete diametral entgegen. Ein Schutzgebiet, das noch im Ausweisungsprozess bereits für Nutzungsinteressen aufgeweicht wird ist das Papier nicht wert auf dem der Schutzstatus erklärt wird.

3. Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie

a. Wie stehen Sie zu einer Klagebefugnis auch für nicht direkt betroffene BürgerInnen (BürgerInnen die z.B. im betroffenen Stadtbezirk wohnen) im Rahmen von Bebauungsplanverfahren?

Gerichte sind meines Erachtens die falsche Instanz um komplexe Abwägungsentscheidungen für die Allgemeinheit zu treffen. In Deutschland laufen Planungsprozesse bereits jetzt sehr langsam und bürokratisch ab. Gleichzeitig wird eine öffentliche Diskussion über Bauprojekte häufig erst geführt, wenn die formale Genehmigung bereits erteilt wurde. Das führt dann nicht selten zu heftigen Auseinandersetzungen vor Ort. Für Genehmigungsverfahren müssen die Beteiligungsmöglichkeiten der interessierten Öffentlichkeit leicht zu nutzen und besser zugänglich werden, gleichzeitig sollten die Anforderungen an die Antragsunterlagen reduziert werden (Mehr Projektvorstellung und -erklärung als Abarbeitung formaler Berichts- und Beteiligungspflichten)

b. Wie werden Sie Initiativen und Vereine unterstützen das Petitionsverfahren des Landtages effizient zu nutzen?

Das Petitionsrecht an den Bayerischen Landtag ist ein altes und bewehrtes Verfahren der Bürgerbeteiligung. Die Mütter und Väter der Verfassung haben hiermit ein einfach zu nutzendes Instrument für alle Einwohner Bayerns geschaffen. In der Praxis entfalten vor allem die Petitionen eine große Wirkung, die von Verbänden, Parteien und/oder Bürgervereinigungen mit getragen sowie von einer Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Ich biete gern mein Mitwirken an Petitionsverfahren an. Die Art der Unterstützung wird vom jeweiligen Einzelfall abhängen und kann von einer Unterstützung bei der treffenden Formulierung des Anliegens bis zur mediengerechten Aufbereitung reichen.

c. Sind Sie der Meinung, dass die Bürgerbeteiligung in Bayern ausreichend ist und auch gut umgesetzt wird?

In der Praxis klafft bei der Bürgerbeteiligung meines Erachtens eine große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die Formen der Bürgerbeteiligung müssen durch Nutzung neuer Kommunikationswege und niederschwelliger Informationsangebote bürgerfreundlicher umgesetzt werden. In der Demokratie wird nach meiner Überzeugung die beste Lösung dann erreicht, wenn die Angelegenheiten frühzeitig, breit und ergebnisoffen diskutiert werden. Nach einem gelungenen Beteiligungsprozess kann vom zuständigen Gremium auf einer soliden Basis entschieden werden. Einzelinteressen werden dabei treffender eingeordnet und ein Maximum an Zustimmung für die Umsetzung oder auch die Aufgabe des Vorhabens erreicht.

4. Klimaschutz

a. Wie stehen Sie zum weiteren Wohnungs- und Gewerbebau in Ballungsgebieten versus „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ (Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete Kommission der 17. Wahlperiode)?

Der Abschlussbericht der Enquete Kommission hat den Zusammenhang von der Zahl neu-entstehender Arbeitsplätze und Wohnungsnot in den Großräumen München und Nürnberg klar herausgearbeitet. Die Stadt München sollte die Bestrebungen zur Stärkung der ländlichen Räume in Bayern dahingehend unterstützen, dass Gewerbe- und Industrieansiedlungen, die nicht vorrangig der örtlichen Versorgung dienen, keinerlei Förderung mehr erhalten. Die Bauleitplanung soll dazu genutzt werden das Angebot an verhältnismäßig günstigen Mietwohnungen zu vermehren. Heute bestehende Grün- und Freiflächen in den Ballungsräumen sind dabei weitestgehend zu erhalten.

b. Wie ist Ihre Haltung zur Forderung nach einem Ende des Flächenfraßes. (Wer Böden versiegelt muss an anderer Stelle die gleiche Fläche versiegelter Böden entsiegeln)?

Die Ziele der Staatsregierung beim Flächensparen sind krachend verfehlt worden. Derzeit werden in Bayern immer noch täglich eine Fläche von 13,1 ha neu als Verkehrs- oder Siedlungsflächen ausgewiesen. Die ÖDP fordert hier verbindliche Vorgaben einzuführen um den Flächenverbrauch schrittweise auf 0 zu senken. Im Zielzustand würden neue Wohnbebauung und Gewerbebauten nur noch auf bereits als Bauland ausgewiesenen Flächen erfolgen (Umnutzung bestehender Flächen). Die für Straßen und Schienenwege genutzten Flächen sollen in Summe nicht mehr steigen.

c. Was können Sie, bzw. der Freistaat Bayern dazu beitragen, dass gerade in den Ballungsgebieten, wichtige Kalt- und Frischluftschneisen in Zukunft nicht mehr verbaut werden (Hitzeresiliente Stadt)?

Die Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen sind fachlich fundiert für alle Großstädte zu ermitteln und in den Regionalplänen sowie in den Flächennutzungsplänen der jeweiligen Kommunen auszuweisen. Mooren und landwirtschaftlich genutzten Moorböden kommt für die Kaltluftentstehung eine besondere Bedeutung zu. Ich würde mich dafür einsetzen, dass die Stadt München hierbei eine Vorreiterrolle übernimmt.

d. Wie ist Ihre Haltung zur Versiegelung bzw. der Entzug von landwirtschaftlichen Flächen- bzw. Freiflächen für die Gewinnung von Photovoltaikanlagen, bzw. die großflächige Erstellung von Windkraftanlagen in bzw. nahe von Waldgebieten und die Auswirkung auf Flora und Fauna?

Während die Freiflächenphotovoltaikanlagen (PV-Anlagen) durch die Extensivierung der landwirtschaftlichen Fläche durchweg eine positive Wirkung auf die Flora und Fauna zeigen, können Windkraftanlagen bei ungünstiger Lage insbesondere bei den Tiergruppen der Vögel und Fledermäusen erheblich nachteilige Auswirkungen haben, die durch gründliche ökologische Untersuchungen und ggf. Betriebsanpassungen zu vermeiden sind. Windkraftanlagen in Waldgebieten sind im Einzelfall zu bewerten und nicht pauschal abzulehnen.

Beide Arten der Energiegewinnung beeinträchtigen das Landschaftsbild. Für die PV-Anlagen sollten vorrangig vorbelastete Flächen entlang von Fernstraßen und Gleisanlagen sowie auf ehemalige Kiesgruben und Deponien genutzt werden. Auch an Gewerbegebiete angrenzende Flächen eignen sich besser als Flächen ohne Anbindung an Bebauung. Überdurchschnittlich produktive Ackerstandorte sollen ebenso wie Landschafts- und Naturschutzgebiete nicht als Standorte für PV-Anlagen ausgewiesen werden.

Über die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windkraftnutzung kann auch auf die Größe von Windparks Einfluss genommen werden. Windparks mit mehr als 50 Anlagen sehe ich für unsere bayrische Landschaft als zu starken Eingriff an.

5. ÖPNV-Ausbau

a. Wie sehen Sie die Notwendigkeiten von weiteren Straßenbauprojekten (z. B. Ausbau der A99 West auf 6 Spuren, weiterer Ausbau der A99 Ost...)?

Deutschland besitzt bereits ein extrem dichtes Netz an Autobahnen. Ein weiterer Ausbau ist grundsätzlich zu hinterfragen. Je attraktiver eine Verkehrsverbindung ist um so mehr Verkehr zieht sie an. Daher ist der Ausbau der A99 wie auch der Ausbau der A8-West abzulehnen. Der Einsatz von Verkehrsleittechnik zur zeitweisen Kapazitätserhöhung (Geschwindigkeitsbegrenzungen, Zuschalten von Standstreifen,...) wäre kurzfristig und kostengünstig umzusetzen. Das für den Straßenausbau eingeplante Geld sollte besser in den Ausbau des Schienenverkehrs investiert werden.

b. Was ist aus Ihrer Sicht zu tun, um den ÖPNV-Ausbau zu beschleunigen (4-gleisiger Ausbau der S4, S-Bahn Ring...)?

Die bürokratischen Vorgaben des Bundesgesetzgebers müssten dringend reduziert werden. Die Bezirke sollten die Planungshoheit für die landkreisübergreifende ÖPNV-Planung übertragen bekommen. Die Planungsreferate der Stadt München brauchen ausreichende Personal- und Finanzressourcen für die anstehenden ÖPNV-Ausbauvorhaben.

c. Wie ist Ihre Haltung zur Forderung der Bürger und Bürgerinnen im Nordosten, dass der Bahnausbau zwischen Daglfing und Johanneskirchen in einer Tunnelvariante erfolgt?
Und was können Sie bzw. der Freistaat Bayern dazu beitragen, dass dies auch umgesetzt wird?

Eine Tunnellösung stellt die wesentlich verträglichere Ausbauvariante dar. Der Freistaat sollte die Mehrkosten gegenüber einem oberirdischen Ausbau übernehmen und seine grundsätzliche Beteiligung an die Umsetzung einer Tunnelvariante knüpfen. Auf diesem Weg sollte der derzeitige Widerstand der Bahn überwunden werden können.

d. Der Münchner Osten ist bereits heute verkehrlich überlastet, auch der ÖPNV stößt bereits an seine Grenzen. In Anbetracht dessen, dass es in Zukunft gerade im Münchner Nordosten massive Bebauungen geben wird, wird sich die Lage noch verschärfen. Welchen Lösungsansatz haben Sie für dieses Problem und was kann der Freistaat dazu beitragen, um dieses Problem zu lösen?

Es muss der Grundsatz gelten, zunächst wird der Ausbau der Infrastruktur geplant und dann der Bau von zusätzlichen Wohneinheiten zugelassen. Die Kapazitäten in der U4 und einigen Trambahnlinien können mit einer Taktverdichtung bzw. größeren Zuglängen relativ einfach erhöht werden. Die zwischenzeitlich eingerichteten Schnellbuslinien sind auszubauen und noch besser an den Bedarf anzupassen, so dass stark genutzte Linien (insbesondere die U5) entlastet werden.

e. Wie ist Ihre Haltung zum Bau der Trambahn „Kurzstrecke“ zwischen Cosimastraße und Bahnhof Johanneskirchen, ein auch von Freistaat bezuschusstes Millionenprojekt?

Die bessere Vernetzung der verschiedenen ÖPNV-Verkehrsmittel und -Linien ist dringend geboten. Daher unterstützen wir das Vorhaben grundsätzlich. Die gewählte Ausbauvariante, die mit dem Verlust einer hohen Zahl von Großbäumen verbunden ist, lehnen ich jedoch ab.

6. Wir möchten auch den Menschen hinter den Plakaten kennenlernen daher einige persönliche Fragen an Sie richten.

a. Was bewegt Sie im Moment in Ihrer politischen Arbeit am meisten?

Der Erhalt von Grünflächen um auch in Zukunft die hohe Lebensqualität in München halten zu können.

b. Wenn Sie im Landtag sitzen, was erinnert Sie an Ihren Münchner Stimmkreis?

Eine historische Karte vom heutigen Münchner Osten.

c. Welche Lektüre (Buch oder Information) haben Sie zuletzt gelesen?

Die SZ-Dokumentation „München – Die Geschichte der Stadt“

d. Welches typische Münchner Gericht essen Sie gerne?

Gesalzene Radischeiben am Stück